

11.12.1930 – vor 85 Jahren wurde der Film „Im Westen nichts Neues“ (Regie: Lewis Milestone) nach dem Roman von Erich Maria Remarque von der Zensurbehörde der Weimarer Republik verboten

19.12.2015 – 100. Geburtstag von Edith Piaf

18.12.1865 – vor 150 Jahren wird die Sklaverei durch den 13. Zusatzartikel in der Verfassung in den USA endgültig verboten

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den
Saalekreis

12. Ausgabe / 25. Jahrgang

08. Dezember 2015

Birke Bull und Wulf Gallert:

Bilanz der Landesregierung belegt Notwendigkeit des politischen Wechsels in Sachsen-Anhalt

Die bunt bebilderte Bilanz der Landesregierung feiert Erfolge, die bei genauem Hinsehen Anlass zu Selbstkritik sein müssten. Weder die schwächste wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zu allen Bundesländern noch die deutlich sichtbar werdenden Defizite im Bereich der Lehrerversorgung und der öffentlichen Sicherheit spielen eine Rolle. Obwohl die kommunale Finanzausstattung und vor allem die Investitionszuschüsse deutlich reduziert wurden, wird dies noch als Erfolg verkauft. Die finanziellen Risiken, die sich aus der fehlerhaften Verwendung von EU-Mitteln ergeben, werden verschwiegen. Die Verunsicherung der Hochschulen und der Kulturlandschaft durch die Kürzungsdebatte seit dem Jahr 2013 spielt in den Augen dieser Landesregierung keine Rolle. Statt sich rechtzeitig um die vernünftige Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zu kümmern, verlor sich Ministerpräsident Haseloff in eine völlig unrealistische und gefährliche Debatte über eine Selbstfestlegung von maximalen Flüchtlingszahlen und die Außerkraftsetzung des Mindestlohns.

Natürlich hat sich in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren viel entwickelt, dies aber eher trotz als wegen dieser Landesregierung.

Zu einer solchen Politik gibt es Alternativen, das hat u.a. die rot-rot-grüne Landesregierung von Thüringen binnen eines Jahres unter Beweis gestellt. Zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer wurden eingestellt, der Personalabbau bei der Polizei gestoppt, die Zuweisungen an die Kommunen erhöht und Herausforderung durch die höhere Anzahl von Geflüchteten deutlich besser

bewältigt. Dort mussten Flüchtlinge in der Erstaufnahme zu keinem Zeitpunkt in Zelten untergebracht werden, in Sachsen-Anhalt noch im gesamten Monat November.

Die tatsächliche Bilanz der Landesregierung von Sachsen-Anhalt und die von einem Jahr rot-rot-grün beweisen die Unterschiede. Deswegen lohnt es sich, für einen politischen Wechsel zu streiten, im Interesse dieses Landes.

Der Stadtvorstand beruft für den 12.12.2015 eine Gesamtmittglieder-versammlung des Stadtverbandes DIE LINKE. Halle (Saale) in den Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, ein.

Die Tagesordnung der Versammlung wird beinhalten:

- * Wahlen des Stadtvorstandes
- * Wahlen der Finanzrevisionskommission
- * Wahlen der Delegierten für die Jahre 2016/2017 zu den Bundesparteitag
- * Wahlen der Mitglieder des Landesausschusses
- * Berichte des Stadtvorstandes, der Stadtratsfraktion, der Finanzrevisionskommission;
- * Aussprache und Beschlussfassung

Einladung und Mitwirkung der linksjugend und des Studierendenverbandes erfolgen gemäß Landesstatut.

VertreterInnenversammlung am 14./15. November 2015 in Staßfurt

Leider ist es ein verregener Morgen, als ich mich mit dem Auto auf den Weg nach Staßfurt mache. Ich bin voller Energie ob der zwei Tage, die vor mir stehen. Mein Elan wird jedoch sofort gebremst, als ich das Radio anmache. Ich erfahre von den Anschlägen in Paris anlässlich des Freundschaftsspiels der deutschen und französischen Fußballnationalmannschaften. Unsere Veranstaltung in Staßfurt beginnt auch pünktlich 10 Uhr, allerdings aus gegebenem Anlass mit einer Schweigeminute.

Wir haben uns für das Wochenende viel vorgenommen. Eine Liste von 30 KandidatInnen wurde jedem Vertreter und jeder Vertreterin übersandt - unser Leitfaden für die nächsten beiden Tage. Nachdem die verschiedenen Gremien aufgestellt wurden und noch einiges Organisatorisches zu besprechen ist, geht es los. Den Auftakt macht Kandidat Nummer 1, Wulff Gallert. Er hält eine tolle Ansprache und würzt sie mit ausreichend Humor: weshalb ihn alle immer daran erinnern, sich kurz zu fassen. Der Saal lacht auf. Seine Redezeit und die der KandidatInnen beträgt 5 Minuten. Und diesmal gibt es eine Redeampel mit Lichtsignalen, die einen schmerzlich daran erinnern, dass sich die Zeit dem Ende nähert. Wulff schafft es, die Ampel steht noch nicht einmal auf rot, als er den finalen Satz spricht. Beifall, weil seine Rede gut war und motiviert hat und weil er es in der Zeit geschafft hat. Es folgt Birke. Auch sie hält sich knapp, folgt aber ihren Wurzeln und spricht über die Bildung. Bevor es gilt, Kandidatin drei vorzustellen, hält die Wahlkommission Einzug. Die ersten beiden Wahlgänge beginnen. Es heißt darüber abzustimmen, ob Wulff und Birke auf ihren Plätzen bestätigt werden. Um die Wahlgänge so kurz wie möglich zu halten, werden fliegende Wahlurnen eingeführt. Jede/r VertreterIn bleibt auf seinem Platz und setzt sein Kreuz, dann erfolgt das Einsammeln. Kandidatin drei stellt sich vor und auf diese Weise, unterbrochen von der Wahlkommission, folgen weitere KandidatInnen. Zwischendurch erfahren wir immer wieder die Ergebnisse und der bestätigte Kandidat erhält eine Rose.

Die ersten zehn Vorstellungen laufen reibungslos, doch es macht sich Gemurmel breit. Wann taucht der/die erste KandidatIn auf, um jemandem seinen Platz streitig zu machen. Bei Platz 13 ist es dann soweit. Eine junge Frau meldet sich selbstbewusst; die auf dem Platz gesetzte Kandidatin reagiert leicht nervös. Die

Vorstellung beginnt. Beide halten ihren Vortrag, der Vorschlag des Landes zuerst, dann folgt die Angreiferin. Sie hält einen einwandfreien Vortrag, völlig frei. Sie überzeugt mit Erfahrung in Leben und Beruf. Jetzt ist jeder auf den Wahlgang gespannt. Als wir endlich wählen dürfen, fällt vielen die Entscheidung nicht schwer, so scheint es mir. Das Ergebnis spricht dann für sich, die Angreiferin schnappt sich den Platz mit über 50% der Stimmen. Beifall und Gratulation. Die „Verliererin“ rutscht weiter und kandidiert auf Platz 15 erneut. Das Stechen hat also begonnen, meist bei den Frauen. Es dauert nicht lange, da stapeln sich die Kandidatinnen für einen Listenplatz. Bei den Männern treten zumeist nur zwei für einen Platz an. Je weiter die Listenplätze sich dem Platz 30 nähern, desto größer der Andrang und vor allem Stichwahlen. Manche Kandidatinnen müssen mehrmals in die Stichwahl, das Nervenkostüm ist einem unglaublichen Stress ausgesetzt. Es wird mit Zigaretten beruhigt.

Die Wahlkommission arbeitet wie der Wind und so schafft es die Versammlung, die ersten 30 Plätze am Samstag abzuschließen. Es ist 22:55 Uhr als das letzte Wort fällt. Die einen müde und kaputt, die anderen zwar auch müde aber in Feierlaune, begeben sich alle VertreterInnen in ihre Hotels. Auch ich bin kaputt, schaffe es aber noch, den Fernseher kurz anzuschalten.

Der nächste Morgen ist genauso grau und verregnet wie der vorige, doch die geringen Aufgaben am Tag lassen uns erstrahlen. Der Feierabend wird sichtlich nach vorne rücken, Zuhause ist nicht mehr weit. Wir beginnen mit einer Stichwahl und wählen anschließend die Liste bis Platz 50. Der Tag ist von mehreren Pausen durchzogen, man unterhält sich, knüpft Kontakte.

Finale Abstimmung der Gesamtliste. Sie wird mit 99 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen bestimmt. Glückwunsch zu einer ausgewogenen Liste.

Gegen 13:45 Uhr ist die Sitzung vorbei. Es wird ein Gruppenbild mit allen KandidatInnen gemacht. Sichtlich zufrieden zeigt sich die Landesspitze und wünscht allen einen guten Wahlkampf. Drücken wir die Daumen, dass wir etwas erreichen können.

Daniela Müller
stellvertretende Vorsitzende Kreisverband Saalekreis
DIE LINKE Landsberg

Landeschefin Birke Bull zu Gast in der BO Landsberg

Die Mitglieder der BO Landsberg hatten am 16. November einen besonderen Gast: Birke Bull besuchte die BO und plauderte aus ihrer Arbeit der letzten Monate.

Natürlich ging es um den Wahlkampf für die bevorstehenden Landtagswahlen im März 2016. Und Birke erläuterte die Zutaten, die zu einem guten Wahlkampf gehören: 1. Inhalte und 2. Personen.

Einen guten Wahlkampf führt man mit überzeugenden Konzepten und Ideen. Da gehört zu aller erst das Wahlprogramm dazu. Dieses wurde auch in mehreren Schritten überarbeitet; über 140 Anträge im ersten Schritt und über 130 Anträge im zweiten Schritt wurden bedacht und eingearbeitet. Unser Wahlprogramm steht also. Doch wie schreibt man ein interessantes Wahlprogramm? Dafür wurden drei Dinge bedacht:

* Es muss anschlussfähig sein an das, was die BürgerInnen bewegt

* Es muss überzeugend darstellen, dass es finanzierbar ist und funktioniert

* Es muss in unsere Zuständigkeiten fallen, um die Glaubwürdigkeit zu erhalten

Der erste Punkt ist in der Zusammenarbeit mit den Orts- und Kreisverbänden entstanden. Zunächst wurde davon ausgegangen, dass Themen der ländlichen Räume den Menschen unter den Nägeln brennen. So war die Ausgangssituation Anfang 2015. Heute können wir jedoch sagen, dass andere Themen in den Mittelpunkt gerückt sind. Zum einen ist das die Flüchtlingssituation, zum anderen die Angst der Menschen vor Veränderung. Und wie packen wir das jetzt an? Im Besonderen muss den BürgerInnen Sicherheit gegeben werden. Das erreichen wir mit der Garantie der Grundsicherung. Einige Sofortmaßnahmen müssen auch bedacht werden: Bildung und Sprachförderung, Inklusion. Und all das vereint unser Wahlprogramm für die kommende Legislaturperiode.

Die noch fehlende Zutaten sind die Personen, die das Wahlprogramm tragen und in dessen Auftrag handeln müssen. Dafür wurde am Wochenende 14./15. November in Staßfurt die Kandidatenliste besprochen und verabschiedet. Die Einigung liegt bei 50 KandidatInnen, die aufgestellt worden sind. Die ersten 30 haben eine gute und reale Chance, in den Landtag einzuziehen. Den Grund nannte Birke auch sogleich: unsere Herausforderung ist ein Wechsel der Regierung und 37% der Kandidaten sind neu und treten zum ersten Mal im Wahlkampf an. Wir finden, das ist eine ausgewogene Mischung und mit unserem Programm können wir es schaffen.

Daniela Müller
stellvertretende Vorsitzende Kreisverband Saalekreis
DIE LINKE Landsberg

Herzliche Einladung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie laden Euch ganz herzlich zum Neujahrsempfang der Partei DIE LINKE. Kreisverband Saalekreis und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Merseburg ein.

**Die Veranstaltung findet am 18. Januar 2016, in der Willi-Sitte-Galerie in Merseburg, Domstraße 15, statt.
Beginn: 17:00 Uhr.**

Zum Empfang haben Petra Sitte (MdL) und Wulf Gallert (MdL) ihr Kommen zugesagt.

Ihr Alexander Sorge
Kreisvorsitzender DIE LINKE.
Kreisverband Saalekreis

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
03.12.2015
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 07.01.2016

Erstes Café Connect im Mehrgenerationenhaus Merseburg

Am 27. November lud das Netzwerk Weltoffener Saalekreis zum ersten „Café Connect“ im Mehrgenerationenhaus Merseburg ein. Ziel des Begegnungs-Cafés ist das Zusammentreffen von Einheimischen und Flüchtlingen.

Ich bin erst eine halbe Stunde nach Beginn im „Café Connect“ eingetroffen, fand es aber positiv, dass sich einige Flüchtlinge auf den Weg gemacht hatten, Kontakt zu suchen. Auf der Einheimischen-Seite ist noch Handlungsbedarf, dafür bilden die vielen Freiwilligen des Netzwerks den Ausgleich zwischen Einheimischen und Flüchtlingen. Nachdem ich mir eine Brezel und eine Apfelsaftschorle geschnappt hatte, setzte ich mich an den Tisch zu einer Gruppe Flüchtlinge. Wir kamen sofort ins Gespräch, auch wenn es Sprachbarrieren gibt. Doch beim ersten Beschnupern stören die nicht und es gibt immer jemanden, mit dem man auf Englisch kommunizieren kann und der als Dolmetscher für seine Leute fungiert. So saß ich bei Syrern am Tisch, die mir alle unterschiedliche Dinge erzählten. Angefangen bei den Namen, die ich mir partout nicht merken konnte, bis hin zu ihren Familiengeschichten. Einer der Männer am Tisch war in Syrien Autoverkäufer gewesen und hatte auch zwei Jahre als Journalist gearbeitet. Er bat mich, ihm zu erklären, weshalb er auf so freundliche Menschen wie mich trifft, aber auch auf Menschen, die ihm mit Hass begegnen. Mit fiel es schwer, darauf eine Antwort zu finden. Ich habe es dann damit versucht, ihm mitzuteilen, dass die Menschen, die ihm skeptisch begegnen, zumeist selber Ängste und Unsicherheiten bezüglich finanzieller Mittel und ihrer Familie haben. Wann beeinflussen die Flüchtlinge mein Leben? Werde ich groß eingeschränkt sein? Mit diesen Argumenten konnte er leben, hatte aber so noch nicht daran gedacht, dass die vielen Flüchtlinge für Deutsche ein persönliches Problem bedeuten könnten. Seit ein paar Wochen lernt er Deutsch und bewies es mir, indem er mir seine neu gelernten deutschen Wörter an den Kopf warf und sich freute, dass ich sie verstand. Ein besonderes Wort war dabei „together – zusammen“. Das war ihm wichtig. Seine Ambition, Deutsch zu lernen, erklärte er damit, dass viele Deutsche kaum Englisch sprechen und er möchte unbedingt Deutsch lernen, um sich mit den Menschen hier zu verständigen. Er lernt dabei

sehr ehrgeizig und fleißig, wie mir der Abend gezeigt hat. Da er als einziger der Runde Englisch sprach, war er seitdem mein „Dolmetscher“ für den Abend. Sein Freund, ein Student des Ingenieurwesens in Syrien, hatte es mit dem Deutschen noch nicht so sehr. Er beabsichtigt aber, sein Studium in Deutschland zu beenden und mit dem Fachkräftemangel in Deutschland hat er gerade in diesem Berufsfeld sicher eine gute Chance, einen Job zu finden.

Ein weiterer Syrer gesellte sich zu uns und zeigte mir seinen Pass. Nehad, so sein Name, kam mit seiner Tochter und deren Mann nach Deutschland. Während es Nehad nach Merseburg verschlagen hat, wurde seine Tochter in Magdeburg untergebracht. Ich hatte das Gefühl, dass er sie sehr vermisste.

Gegen viertel sechs verabschiedeten sich meine Gesprächspartner auch schon wieder und die gesamte Gruppe an Flüchtlingen zog weiter zur Unterkunft. Auf meine Frage hin, weshalb alle so schnell wieder gehen, bekam ich zur Antwort, dass ab 18 Uhr vor der Unterkunft die Rechten patrouillieren und die Flüchtlinge diesen nicht in die Arme laufen wollen. Weshalb es dort keine Polizei gibt, wollte ich wissen. Nun, die wäre wohl vor Ort, aber eben nur sporadisch, sodass Freiwillige am Abend immer wieder an der Unterkunft vorbei fahren und nach der Lage schauen.

Bewegend fand ich einen Afrikaner, der offensichtlich schon länger bei uns in Deutschland ist und auch bereits Deutsch spricht. Er wollte sich als Ehrenamtlicher engagieren und die Mitarbeiter des Netzwerks Weltoffener Saalekreis nahmen ihn auch sofort in Empfang und berieten ihn über Möglichkeiten. Ich bin mir sicher, dass ich ihn schon kommenden Freitag wiedersehen werde, dann aber als Helfer.

Im Rahmen des Café Connect werden für die Flüchtlinge auch Sprachkurse angeboten, die von Ehrenamtlichen gehalten werden. Des Weiteren gibt es auch jeden Donnerstag einen Musikworkshop, bei dem Musikmachen vermittelt wird und sich sicherlich über die Musikrichtungen der verschiedenen Kulturen ausgetauscht wird. Alles in allem fand ich, dass die Freiwilligen und auch Hauptamtlichen hier eine starke Arbeit leisten. Ich würde mich nur freuen, wenn es mehr Einheimische geben würde, die gern ins Gespräch mit den Flüchtlingen kommen wollen.

Für mich war es ein Erlebnis und ich freue mich schon jetzt auf das nächste „Café Connect“.

Das „Café Connect“ findet jeden Freitag ab 16 Uhr im Mehrgenerationenhaus in Merseburg

statt.

Daniela Müller

stellvertretende Vorsitzende Kreisverband Saalekreis
DIE LINKE Landsberg



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Dezember Geburtstag haben.**



Aus der Stadtratssitzung am 25.11.2015

Sollten die „Scheiben“ in Halle-Neustadt erhalten bleiben? Was soll damit werden, wie werden sie finanziert? Dazu gab es im Stadtrat einen Grundsatzbeschluss abzustimmen. Der Stadtrat – auch unsere Fraktion – stimmte zu. Ein konkretes Konzept, um abzuschätzen, welche Risiken wir eingehen bei einer Finanzierung etc., wird zu einem späteren Zeitpunkt im Stadtrat zu beschließen sein. Zudem müssen derzeit auch noch Verhandlungen mit den derzeitigen Eigentümern aufgenommen werden, um die inhaltliche „Gestaltung“ der Scheiben abzusprechen.

Die Scheibe A – und hier wird es denn etwas konkreter, soll für ein „Sozialrathaus“ hergerichtet werden. Es ist noch ein Vorschlag, denn die Vorlage soll zunächst in den Fachausschüssen beraten werden. Die Idee, in einem Haus verschiedene Ämter, die Hilfeleistungen etc. anbieten und umzusetzen haben, zusammenzuführen, ist erst einmal begrüßenswert. Mit unserem Antrag im Stadtrat, ein „Welcome-Center“ in Halle zu errichten, wollten wir in eine ähnliche Richtung gehen. Diesem Antrag wurde zwar im Stadtrat eine Mehrheit gegeben, aber der OB hat Widerspruch dagegen eingelegt, weil er in die Befugnisse des OB eingreift. Auch wenn die Idee des Sozialrathauses unsere Intentionen teilweise aufnimmt, muss u. E. noch ein Gesamtkonzept in den Stadtrat. Bodo Meerheim sagte dazu im Stadtrat, „Man kann ja die Idee durchaus hübsch finden, aber die Vorlage sagt noch nichts dazu aus, was sich hinter dem Sozialrathaus verberge“. Auch fehle noch immer ein Gesamtkonzept für die Nutzung der Immobilien der Stadt.

Anderen Vorlagen, wie z.B. der Jahresabschluss 2014 des halleschen Zoos, eine Straßenwidmung in Ammendorf oder der Baubeschluss zum Stadtmuseum, wurde ohne Diskussion zugestimmt. Zur letztgenannten Vorlage ist zu sagen, dass das ehemalige Druckereigebäude im Hof des Stadtmuseums mit 1,8 Mio. Euro weiter saniert wird. Die neu zu schaffende Fläche soll dann für Sonderausstellungen genutzt werden.

Lange schon wird im Stadtrat und seinen Ausschüssen

zum Antrag der Fraktion der Grünen zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße diskutiert. Nun wurde der Antrag im Stadtrat abgestimmt und fand keine Mehrheit. Es bleibt alles so, wie es ist.

Angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag der bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen. Inhalt des Antrages ist, dass an den Grundschulen der Stadt Halle (Saale) eine technische Veränderung installiert wird, die Schülern ermöglicht, sich bemerkbar zu machen, wenn die Schultür geschlossen ist. Bisher müssen Kinder warten, weil aus Sicherheitsgründen die Schultüren während des Schulbetriebes geschlossen sind und das Klingeln an der Tür nicht gehört wird. Viele Schulsekretariate sind während des Unterrichts nicht besetzt.

Haushaltskonsolidierungen sind manchmal auch kontraproduktiv. Beispiel dafür sind die Kürzungen der Reinigungen an den städtischen Schulen.

Auch Hendrik Lange aus unserer Fraktion unterstützte den Antrag der CDU, diese Kürzungen zurückzunehmen. Hendrik hatte sich vor Ort an einer Schule persönlich davon überzeugt, dass es u.a. überfüllte Papierkörbe gebe etc. Der Antrag wird noch weiter in den Ausschüssen diskutiert.

Der Antrag unserer Fraktion zur Einführung von „Besucherparkausweisen“ in Anwohnerparkzonen wurde angenommen.

Es kommt eher selten vor, dass die Fraktionen der LINKEN und der CDU/FDP einen gemeinsamen Antrag im Stadtrat stellen. Im gemeinsamen Antrag haben wir eingefordert, dass die Pläne zur Änderung des Bebauungsplanes im Gewerbegebiet Halle-Neustadt eingestellt werden. Hintergrund ist, dass geplant ist, auf dem Gelände des ehemaligen Bahr-Baumarktes einen Möbelmarkt zu errichten. Aber noch ein Möbelhaus in Halle-Neustadt gefährdet das Stadtteilzentrum in Halle-Neustadt, führte Hendrik Lange aus. Er könne sich wieder einen Baumarkt dort vorstellen! Der Antrag wurde in die Fachausschüsse verwiesen.
Ute Haupt, Stadträtin

Kriegsabenteuer ohne Strategie

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE: Der Kriegseinsatz in Syrien wird die deutsche Gesellschaft unwiderruflich verändern und massiven Einfluss auf den Alltag der Menschen in Deutschland haben.

Die Bundesregierung stürzt Deutschland in einen Krieg, ohne die Frage nach den Bündnispartnern am Boden geklärt zu haben. Auch ansonsten sind die Konsequenzen unklar. Die Bundesregierung definiert kein konkretes Ziel. Deshalb ist auch weder ein Ende des Einsatzes abzusehen, noch die damit verbundenen Kosten.

Es spricht im übrigen Bände, dass sogar die Bundeswehr Zweifel an dem Vorgehen der Bundesregierung äußert. Deutschland beteiligt sich damit an einem Krieg, der Jahre dauern, Tausende unschuldiger Frauen, Kinder und Männer töten und Hunderte Millionen Euro kosten wird. Dass CDU-Vertreter jetzt schon von einer Ausweitung der Kampfzone auf Libyen, Jordanien und den Libanon sprechen macht fassungslos. Die Sicherheit der Menschen in Europa darf nicht irgendwelchen militärischen Großmachtsphantasien geopfert werden.

Terror kann nicht militärisch besiegt werden. Die Bilanz des „Kriegs gegen den Terror“ seit 2001 mit vielen Tausenden von Toten in Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen oder Pakistan lehrt: Krieg hat den Terror nicht eingedämmt oder gar beseitigt, sondern es ist immer noch mehr Terror entstanden. Mit jedem

getöteten Zivilisten wächst der Hass gegen den Westen und es wachsen neue Terroristen nach. Wir müssen aus dieser Gewaltspirale aussteigen. Dazu ist die Bundesregierung leider nicht Willens. Der IS lässt sich nicht weg bomben. Um ihn zu bekämpfen, müssen sein Nachschub an Waffen und Kämpfern sowie dessen Finanzierung konsequent unterbunden werden. Alle Waffenexporte in die Region müssen gestoppt, die Zusammenarbeit mit den größten Terror-Sponsoren Saudi Arabien und den Golfstaaten beendet und die Türkei endlich dazu bewegt werden, die Grenze zu Syrien für jegliche IS-Unterstützung zu schließen.

Während die Regierungen in Berlin, Paris, Washington, Moskau und anderswo Milliarden ausgeben, um militärisch in Syrien und Irak zu intervenieren, fehlt das Geld für die Flüchtlinge in und aus diesen Ländern.

Für Tornados, Fregatten, Militärsatelliten werden binnen einer Woche über 130 Millionen Euro bereitgestellt - warum wird für die Flüchtlinge nicht mehr getan? Die Prioritäten müssen völlig neu gesetzt werden, weg von immer mehr Aufrüstung und Auslandseinsätzen, hin zu einer an den Bedürfnissen der Zivilbevölkerung orientierten Politik.

Warum DIE LINKE Nein sagt zum Einsatz der Bundeswehr im Syrien-Krieg

Als Antwort auf den Terroranschlag von Paris wird die Bundesregierung beantragen, in Syrien Recce-Tornados (Aufklärung) einzusetzen, mit einer Fregatte den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle abzusichern und Tankflugzeuge zur Verfügung zu stellen. Mit einem Satz: Deutschland wird aktiver Teil des Bürgerkriegs in Syrien.

DIE LINKE lehnt dieses Vorgehen entschieden ab.

Frage: Warum ist DIE LINKE gegen den Einsatz der Bundeswehr in Syrien?

Antwort: Terror kann nicht militärisch besiegt werden. Die Bilanz des „Kriegs gegen den Terror“ seit 2001 mit vielen Tausenden von Toten in Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen oder Pakistan zeigt: Krieg hat den Terror nicht eingedämmt oder gar beseitigt, sondern es ist immer noch mehr Terror entstanden. Mit jedem getöteten Zivilisten wächst die Empörung gegen den Westen und es wachsen neue Terroristen nach. Wir

müssen aus dieser Gewaltspirale aussteigen. Dazu ist die Bundesregierung leider nicht Willens. Stattdessen führt sie Deutschland in einen Kampfeinsatz gegen den Islamischen Staat in Syrien – ohne erkennbares Ziel und ohne absehbares Ende. Das ist keine Lösung für Syrien. Und das ist auch gegenüber der deutschen Bevölkerung unverantwortlich. Denn wenn Deutschland Teil des Bürgerkriegs in Syrien wird, wächst auch hier die Terrorgefahr. Deutschland hätte andere Aufgaben, als hier als weiterer militärischer Akteur aufzutreten. In den Verhandlungen über eine Friedenslösung für Syrien, die in den letzten Wochen zunächst hoffnungsvoll begonnen hatten, kann Deutschland eine konstruktive Rolle spielen – das wäre ein viel wirkungsvollerer Beitrag zur Bekämpfung von Terror.

Frage: Warum kann der Kampf gegen den Terrorismus militärisch nicht gewonnen werden?

Antwort: Alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte

zeigen, dass der „Krieg gegen den Terror“ nicht gewonnen werden kann. Der Krieg gegen den Terror hat in Afghanistan, im Irak, in Libyen und zuletzt in Mali viele zivile Opfer gefordert. Das gilt auch für Syrien, wo zu den vielen Toten des Bürgerkriegs auch die zivilen Opfer der Luftangriffe der von außen intervenierenden Staaten kommen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Islamische Staat nicht nur in der Wüste bekämpft wird, sondern dass in seinen Hochburgen, die derzeit bombardiert werden, Hunderttausende von Zivilisten leben. Auch viele Soldaten der am „Krieg gegen den Terror“ beteiligten Länder haben ihr Leben gelassen. Das niederschmetternde Ergebnis: Die Länder, in denen dieser Krieg geführt wird, wurden destabilisiert. Die Situation für ihre Bevölkerungen wurde noch unerträglicher, viele mussten fliehen. Im Umfeld zerfallener Staaten gedeihen radikale Ideologien und erhalten islamistische Terrorgruppen erst recht ungebremsen Zulauf. Der IS ist überhaupt erst durch den Irak-Krieg, im Chaos der Nachkriegsjahre und im Widerstand gegen die US-Besatzung zu dieser Stärke herangewachsen.

Frage: Wie soll der Kampf gegen den IS geführt werden?

Antwort: Unter Bombenteppichen wächst kein Frieden. Das gilt auch für das militärische Agieren von Russland, Frankreich, den USA und anderen in Syrien. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass dem IS, der Al-Nusra-Front und anderen terroristischen Organisationen neue Kämpfer zugetrieben werden. Es gäbe Möglichkeiten, den IS ganz entscheidend zu schwächen. Der IS ist die reichste Terrororganisation der Welt. Er hat Erdölfelder unter seiner Kontrolle und finanziert sich aus Ölverkäufen. Dieser Handel muss unterbunden werden. Internationale Bankkonten des IS müssen aufgespürt und eingefroren, der Handel mit geraubten Antiquitäten gestoppt werden.

Nach wie vor kann der IS seine Kämpfer, die ihm aus aller Welt zuströmen, und Nachschub über die Türkei in sein Territorium leiten. Doch die Regierung in Ankara konzentriert sich darauf, Krieg gegen die kurdischen Organisationen PKK und PYD zu führen, die sich wiederum in Syrien und Irak gegen den IS wehren. Deutschland hat hier Einwirkungsmöglichkeiten: Die Türkei, immerhin ein NATO-Partnerland und an diesem Wochenende Gesprächspartner der EU auf einem gemeinsamen Gipfeltreffen in Brüssel, muss die Angriffe gegen die Kurden einstellen und den

Zustrom von IS-Kämpfern nach Syrien unterbinden. Deutschland und andere westliche Länder unterhalten engste politische und geschäftliche Beziehungen zu den Golfmonarchien. Aus diesen Ländern erhält der IS von reichen Familien Zuwendungen. Dieser Zufluss muss gestoppt werden.

Und schließlich: Ohne dass fortwährend Waffen, u. a. aus Deutschland, in die Region geliefert würden, wäre der Bürgerkrieg in Syrien für keine der Bürgerkriegsparteien so lange zu führen gewesen. Waffenverkäufe in die Region müssen beendet werden.

Frage: Wie beurteilt DIE LINKE die völkerrechtliche Seite des Tornado-Einsatzes?

Antwort: DIE LINKE sieht – neben allen politischen Bedenken, die für uns schwerer wiegen – auch ein Legitimitätsproblem. Weder liegt eine UNO-Resolution nach Kap. 7 VN-Charta vor, noch die Anforderung der syrischen Regierung für die Aufklärung durch



Tornado-Flugzeuge der Bundeswehr. Das syrische Staatsgebiet ist völkerrechtswidrig für ‚vogelfrei‘ erklärt worden. Das halten wir für nicht akzeptabel. Die Fronten in diesem Krieg sind völlig unübersichtlich – es sind ja nicht nur die Fronten zwischen den Bürgerkriegsparteien, sondern auch die zwischen den externen Akteuren, die nur scheinbar alle dasselbe Ziel, die Bekämpfung des IS, haben, in Wirklichkeit aber für ihre eigenen Interessen kämpfen – auch gegeneinander. Der Abschuss eines russischen Militärflugzeugs durch die Türkei hat gezeigt, welches internationales Eskalationspotenzial in dieser Gemengelage steckt.

Frage: Wie bewertet DIE LINKE die Beistandsverpflichtung des EU-Vertrages in diesem Zusammenhang?

Antwort: Frankreich hat nach dem Terroranschlag von Paris die Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages angerufen. Die Verteidigungsminister der EU-Mitgliedsstaaten haben der Interpreta-

tion des Anschlags als militärischen Angriff auf das Territorium Frankreichs zugestimmt und die Beistandspflicht akzeptiert. Damit ist ein Bündnisfall hergestellt. Auch wenn der Artikel nicht automatisch einen militärischen Beistand vorsieht, wird er nun von der Bundesregierung hergenommen, um sich fortan am französischen Militäreinsatz zu beteiligen. Die Mitwirkungsrechte des Bundestags wurden in diesem Verfahren grob missachtet. Wir kritisieren die Verteidigungsministerin dafür, dass sie – ohne Rücksprache mit dem Bundestag – einem solchen Beistand zugestimmt hat und ihn nun militärisch leisten will. Vor allem aber teilen wir überhaupt nicht die Prämisse für die Beistandsklausel. Frankreich ist nicht „von außen“ militärisch angegriffen worden ist, sondern war Ziel eines kriminellen Terroraktes. Soweit bekannt, waren die Attentäter französische oder belgische Staatsbürger. Sie müssen polizeilich und strafrechtlich verfolgt werden.

Frage: Ist Deutschland nicht verpflichtet, Frankreich im Kampf gegen den Terrorismus beizustehen?

Antwort: Ja, aber Form dieser Unterstützung kann Deutschland selbst bestimmen und es besteht keinerlei Verpflichtung, dies mit militärischen Mitteln zu tun.

Frage: Kann der Kampf gegen den Terror gewonnen werden?

Antwort: Wir können den Kampf gegen Terror gewinnen, wenn wir ihn richtig führen. Krieg in fernen Ländern wird uns dabei nicht weiterhelfen. Das beste Mittel gegen die Ausweitung des Terrors ist soziale Prävention. Global – indem wir den „Krieg gegen den Terror“ mit seinen zerstörerischen Wirkungen auf die betroffenen Gesellschaften stoppen, indem wir uns für ein gerechteres Weltwirtschaftssystem einsetzen und Perspektiven für die junge Bevölkerung schaffen. Aber auch in unseren europäischen Gesellschaften, die ja die Terroristen von Paris hervorgebracht haben – mit Jugendsozialarbeit, maßgeschneiderten Bildungsangeboten, Hilfsangeboten für Familien in schwierigen Verhältnissen, Jobangeboten in einem öffentlichen Beschäftigungssektor etc. Der Staat muss hier viel aktiver werden, um der weiteren Ausgrenzung entgegenzuwirken. Leider sehen wir, dass in diese Richtung viel zu wenig getan wird. Stattdessen überschlägt sich die Politik mit Vorschlägen für repressive Terrorbekämpfung, die aber letztlich die Freiheit Aller einschränken werden, ohne Terror wirklich verhindern zu können.

Für ein verbindliches und gerechtes Klimaabkommen in Paris

„Deutschland und die EU müssen ihre Angebote an die UN-Klimakonferenz nachbessern, sonst droht bei den Verhandlungen eine erneute Blockade“, erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch.

Er fährt fort:

„Eine halbe Million Menschen gingen am Wochenende weltweit für ein ambitioniertes und gerechtes Klimaabkommen auf die Straße. Die Jahre des Stillstands in den Verhandlungen müssen nun endlich zu Ende gehen. Notwendig ist in Paris ein starkes Abkommen, das den größten Verschmutzern verbindliche Ziele auferlegt, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Sich schon vor Ende der Konferenz auf Nachverhandlungen, etwa im 5-Jahres-Turnus, einzulassen, ist ein Vorab-Eingeständnis eines Scheiterns des historischen Klimagipfels. Zudem muss die Finanzierung der Industrieländer für den globalen Süden bezüglich Klimaschutz, Anpassung, Waldschutz sowie des Ausgleichs von klimabedingten Schäden so festgezurrert werden, dass die Länder jene Unterstützung erhalten, die sie für eine kohlestoffarme und soziale Entwicklung benötigen.

Die Bundesregierung muss in Paris mit einer Stimme

sprechen. Den Vorstoß von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, bis spätestens 2035 aus der Kohle auszusteigen, sollte Bundeskanzlerin Angela Merkel deshalb als Beitrag Deutschlands in die Verhandlungen einbringen. Auch die EU muss ihr Klimaschutzziel nachbessern, Brüssels Klimapolitik ist längst nicht mehr ambitioniert. Nur 40 Prozent Minderung von Treibhausgasen bis 2030 gegenüber 1990 reichen nicht aus, um eine Dekarbonisierung der Wirtschaft bis Mitte des Jahrhunderts zu schaffen.

Auch sollte die deutsche Delegation die französischen Gastgeber des UN-Klimagipfels darauf hinweisen, dass Hausarrest und polizeiliche Meldepflicht drei Mal am Tag für Klimaaktivisten kein souveräner Umgang mit zivilgesellschaftlichen Protesten ist. Dass die Freiheit der Sicherheit geopfert wird, wäre für die Attentäter vom 13. November ein zweiter Triumph, den wir ihnen nicht gewähren sollten.“

Stabile Förderung für LSBTI-Organisationen

Fachtagung zur Umsetzung des Aktionsplans für Queerdenker*innen in Sachsen-Anhalt

Wie gehtes weiter in Sachsen-Anhalt mit dem gesamtgesellschaftlichen Aktionsplan für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie? Mit einer Veranstaltung im Magdeburger Frauenzentrum Courage e.V. diskutierte unsere Fraktion mit Fachexpertise und Protagonist_innen der Queerpolitik offene Fragen und Wege zu realen Umsetzung des Aktionsplans.

„Es gibt noch viele Baustellen“, so unsere queerpolitische Sprecherin Eva von Angern. Eine grundlegende Forderung bleibt die auskömmliche Basisfinanzierung für Institutionen zur Umsetzung des Aktionsplans durch die öffentliche Hand.

Entworfen wurde der Aktionsplan in Sachsen-Anhalt, dem sich der Landtag anschloss, durch die Akteur*innen des Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisches. Bisher ist er noch schlecht finanziell untersetzt, was bis dato geleistet wurde, geschah vordergründig durch ehrenamtliche Arbeit, so Eva von Angern. Wichtig ist, die Umsetzung des Aktionsplans als Querschnittsaufgabe zu denken, fügte sie hinzu. Diskriminierung und Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung ist zum Beispiel auch eine Fluchtursache vieler Menschen, die derzeit in Deutschland und Europa Asyl suchen.

Carolina Koehn aus Kiel, der Geschäftsführer des Schwulen Netzwerks Nordrhein-Westfalen Markus

Johannes und der queerpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Harald Petzold brachten Erfahrungen aus anderen Bundesländern und der Bundesebene bei der Umsetzung queerpolitischer Ziele in die Veranstaltung ein. Anne Bachmann von der Christian-Albrecht-Universität Kiel stellte eine Studie zur Diskriminierung und Viktimisierung schwuler und bisexueller Männer vor und unser Abgeordneter und Vorsitzender des kommunalpolitischen forums Sachsen-Anhalt Gerald Grünert gab Einblick in die Queerpolitik auf kommunaler Ebene. Kommunalpolitik muss Rahmenbedingungen für einen diskriminierungsfreien Zugang zu Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge schaffen, sagte er. Gleiches gelte u.a. für den Zugang zur Verwaltung und zum Vereinsleben in den Kommunen. Nicht zuletzt hatte unser Fraktionsvorsitzender Wulf Gallert den derzeitigen Stand und die Herausforderungen bei der Umsetzung des Aktionsplans auf den Punkt gebracht: „In der Landesregierung hat man sich darüber unterhalten, wer zuständig ist, aber nichts ist passiert. Es geht um eine stabile Förderung von LSBTI-Organisationen, um einen Bruch mit der konservativen Kultur im Land, um die Aufarbeitung von Unrecht, um die Öffnung der Ehe für alle. Die Universalität von Menschenrechten darf durch Forderungen wie die der AfD nicht in Frage gestellt werden. Die Debatte muss auf der Straße und in der Verwaltung geführt und umgesetzt werden.“

Engagement des Sports für Integration von Geflüchteten würdigen und stärken

Viele Menschen sind weltweit auf der Flucht. Sie fliehen aus ihren Heimatländern vor Krieg und Verfolgung. Oftmals sind sie traumatisiert. Um ihnen das Ankommen in Sachsen-Anhalt zu erleichtern, bieten zahlreiche Sportvereine ihnen die Möglichkeit zu trainieren und an Wettkämpfen teilzunehmen. Bereits im Januar 2015 hatte der Landessportbund (LSB) eine Sportversicherung für Flüchtlinge und Asylbewerber abgeschlossen, die sie während der Sportausübung schützt. Mit einer Konzeption und Sammlung zusätzlicher Maßnahmen will der LSB der wachsenden Zahl von Geflüchteten und dem erhöhten Bedarf an integrativen Maßnahmen im Sport entsprechen und die ehrenamtlichen Strukturen in Sachsen-Anhalt qualifiziert begleiten. Der gemeinnützige Vereinssport lei-

stet mit diesem Zugehen auf die Neuankömmlinge einen wertvollen Beitrag für eine echte Willkommenskultur in unseren Städten und Gemeinden. Er unterstützt somit die humanitäre Aufnahme sowie die Integration der Geflüchteten.

Umso skandalöser erscheinen Meldungen, wie die in der Berliner Morgenpost am 12. November, dass die Bundesfinanzverwaltung bereits Mahnschreiben an Sportvereine verschickt hat, weil diese Geflüchteten das kostenfreie Mittrainieren ermöglichen.

Der Deutsche Olympischer Sportbund (DOSB) hat Medienberichte über die Gefährdung der Gemeinnützigkeit von Sportvereinen, die Flüchtlingsarbeit leisten, zum Anlass für ein Informationsschreiben an seine Mitgliedsorganisationen genommen. Darin heißt

es u.a.: „Sportvereinen in Gestalt gemeinnütziger Körperschaften ist es regelmäßig nur erlaubt, Geld- oder Sachmittel für diejenigen steuerbegünstigten Zwecke zu verwenden, die in ihrer Satzung aufgeführt sind. In Bezug auf die Flüchtlingsthematik kommen Unterstützungsleistungen damit in der Regel nur in Betracht, wenn in der Satzung „Mildtätigkeit“ oder aber explizit die „Förderung der Hilfe für Flüchtlinge“ als steuerbegünstigte Zwecke verankert sind.“

Bis zum 1. Dezember 2015 haben die Bundesländer die Gelegenheit, ihre Rechtsauffassung zu äußern, danach will das Bundesfinanzministerium eine Entscheidung treffen, ob die Satzungen von gemeinnützigen Sportvereinen anzupassen sind.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, dem Beispiel des Berliner Senates zu folgen und sich gegenüber dem Bundesfinanzministerium klar und eindeutig für die kostenfreie Teilnahme von Flüchtlingen am Vereinssport bis zum 31.12.2017 auszusprechen, ohne dass die Vereine dafür die Satzung ändern müssen. Statt die Gemeinnützigkeit des Vereinssports in Frage zu stellen und ihn mit bürokratischem Aufwand zu beschweren, gilt es das Engagement des Sports für eine lebendige Willkommenskultur zu würdigen und zu stärken.

Der Gesprächskreis Gesellschaftsformationen trifft sich am **16. Dezember um 17:00 Uhr** im LiLa und diskutiert über die tiefe Kluft von arm und reich unter den gegenwärtigen Bedingungen.

Am 21.01.2016 in der Zeit von 10:30 – 12:00 Uhr

werden wir wieder unseren Alternativen Neujahrsempfang in Halle Neustadt in der Nähe zum Jobcenter durchführen.

Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Petra Sitte, den Landtagsabgeordneten Henriette Quade, Swen Knöchel, Uwe Köck und Hendrik Lange wollen wir mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, unsere Politikansätze erläutern und diskutieren. Der Alternative Neujahrsempfang als Bürgersprechstunde und als kleine Feier des Neuen Jahres.

Alle, die mit uns an diesem Tag das Neue Jahr begrüßen möchten, alle, die sich in die Vorbereitung mit einbringen möchten seine auf diesem Wege herzlich eingeladen.

BBZ „lebensart“ e. V. kompakt

Wir laden für Sonnabend, den **12. Dezember 2015 ab 18 Uhr** zu einer Weihnachtsfeier ein. Jede*r ist willkommen und kann in gemütlicher Runde mit anderen einen schönen vorweihnachtlichen Abend verbringen.

Der CSD Halle (Saale) 2016 ist bereits in Vorbereitung und der Termin für das Straßenfest steht bereits fest: 10. September 2016 auf dem Marktplatz.

Am 28. November fand anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des BBZ „lebensart“ die Fachkonferenz „Vielfalt leben! Aktiv gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ mit ca. 50 Teilnehmenden im Stadthaus statt. Wir danken allen für ihr Mitwirken. Einen Bericht wird es in der „homo sum“ I/2016 geben.

Mitte November ist ein neuer Flyer erschienen, welcher die Angebote des BBZ „lebensart“ und seines Fachzentrums kompakt beschreibt.

Link zum Vereinsflyer: http://www.bbz-lebensart.de/CMSS/uploads/Vereinsflyer_Druckdatei_121115.pdf

Vortrag mit Pfarrerin Dorothea Zwölfer: Transsexualität/Transidentität - Wissenschaftliche und biografische Ansätze

Donnerstag, **10. Dezember 2015, 19:30 Uhr**, Evangelisch-methodistische Kirche Halle, Schulstraße 9a, 06108 Halle

Das BBZ „lebensart“ und seine Gruppe Queer+Glauben laden zu einem spannenden Themenabend ein: Was ist unter dem Begriff „Transsexualität“ bzw. „Transidentität“ zu verstehen? Welche aktuellen Forschungsergebnisse gibt es aus der Biologie zur Thematik? Wie ergeht es Menschen, die sowohl transsexuell sind als auch einen christlichen Glauben haben? Und was hat dies alles mit einer Fachkonferenz der Goethe-Universität in Frankfurt a.M. vom 4. bis 6. Februar 2016 zu tun?

Dorothea Zwölfer, eine transsexuelle, seit 29 Jahren verheiratete evangelische Pfarrerin aus Bayern, wird versuchen, diese Fragen zu beantworten. Sie wird die Thematik Transsexualität aus wissenschaftlicher, persönlicher und theologischer Perspektive beleuchten.

Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Unterwegs mit dem ND

Das ND hatte eingeladen zum XVIII. Leserreisentreffen nach Friedrichroda vom 02. bis 05.11.2015. Die ca. 200 Teilnehmenden erwartete ein umfangreiches Programm. Schon am Anreiseabend gab Gabi Rückert einen Einblick in ihr umfangreiches Repertoire. Begleitet wurde sie von ihrem Partner Ingo Koster auf der Gitarre. Ihre Texte, wie immer sehr berührend.

Am nächsten Morgen hieß es früh aufstehen, Ausflüge waren angesagt. Die Wahl stand zwischen Weimar oder Gotha und Eisenach. Ich entschied mich für letzteres und schon auf der Hinfahrt wurde uns sehr anschaulich über Thüringen erzählt, so über das große Gewerbegebiet in Ohrdruf und die Orte die wir durchfahren, mit ihren Besonderheiten geschildert. Auf Gotha und Schloss Friedensstein hatten wir einen wunderbaren Blick bei der Anfahrt. Leider war die Zeit zu kurz für eine Innenbesichtigung. Der Schlosshof und ein Stadtrundgang, das musste reichen, denn Eisenach wartete noch auf uns. Unser Reiseführer für diesen Ausflug war ein wandelndes Lexikon und angereichert mit den Informationen ging es zurück ins Berghotel zu angesagten verschiedenen Gesprächsrunden. Ich wollte zu Margit Schumann, der bekannten Rennrodlerin, die aber leider krank war. Ein Teamkollege sprang ein und kam mit seinem Rodel. Trotz seiner 70 Jahre bestieg er den auf dem Tisch aufgestellten Schlitten und demonstrierte die Haltung und das Lenken. Viel interessantes über Training, Wettkämpfe und „beheizte Kufen“ gab es zu erzählen, dabei kam der Humor nicht zu kurz.

Gespannt warteten wir dann auf den angekündigten späten Besuch des Ministerpräsidenten von Thüringen, Bodo Ramelow. Ein langer Tag für ihn, doch locker erzählte er im Gespräch mit Olaf Koppe vom ND über seine Arbeit in dieser nicht einfachen Funktion. Stolz konnte er über die Schlichtung zwischen GDL und DB berichten, dass zum ersten Mal bei einer Schlichtung konkrete Tarifverträge ausgearbeitet vorgelegt wurden. Er war als Schlichter berufen, noch nie wurde ein amtierender MP dazu vorgeschlagen.

Kurz vor 23 Uhr „durfte“ er dann endlich nach Hause und erhielt viel Beifall als Dankeschön.

Am 3. Tag hatte ich mich für eine Panoramawanderung gemeldet, die durch den herrlichen Herbstwald mit viel Sonne nach Schloss Reinhardsbrunn führte. Leider wird es nicht genutzt und Geld für die Sanierung

fehlt. Toll, dass sich ungefähr 100 Wanderer zusammenfanden.

Es soll doch nicht unerwähnt bleiben, dass der überwiegende Teil der Mitreisenden weitaus älter als 70 Jahre war, viele über 80 und sogar über 90 Jahre. Respekt. Sogar mit Rollator oder Rollstuhl gab es keine Hindernisse. Es gab auch die Möglichkeit, sich in der Nähe des Busses aufzuhalten, die Busreiseleiterin kümmerte sich dann um sie. Aber das Angebot wurde wenig genutzt.

Am Nachmittag dann der Ausflug in die Landeshauptstadt nach Erfurt, vorbei an der EGA (Erfurter Gartenschau) mit Stadtrundgang und Landtagsbesuch. Dort folgten wir der Debatte um die Verbrennung von Gartenabfällen, das ist ja nicht nur ein Problem der Thüringer. Schlagabtausch zwischen Befürwortern und Gegnern, die sich besonders bei der CDU und der AfD fanden.

Dann ins Erfurter Theater, wir wohnten einer Probe des Sinfonieorchsters bei, der Intendant verwies voller Stolz auf das modernste Theater in Deutschland. Im Theaterrestaurant war für uns ein Buffet aufgebaut, da fehlten auch die leckeren Thüringer Klöße nicht. Das Essen, sowohl im Hotel (***) als auch im Theater ließ nichts zu wünschen übrig.

Dazu das wunderbare, für November völlig ungewöhnliche Wetter, nur Sonne und warm. Der Herbst färbte die Blätter bunt und dazu hatte ich einen Blick aus dem Hotelfenster in der 6. Etage auf Wald und sanfte Berge dahinter. Traumhaft schön.

Schon hieß es, wir reisen ab. Alle 5 Busse in unterschiedliche Richtungen. So dachten wir, aber die Organisatoren hatten einen Plan. Nein, nicht den von Egon Ohlsen, sondern einen eigenen. Die Überraschung war, alle 5 Busse trafen sich am Bratwurstmuseum direkt unter der Wachsenburg (eine der Drei Gleichen). Also gab es echte Thüringer mit Blick auf die Burg und >>>> Glühwein. Das bei 20 Grad Außentemperatur. Das war eine echte Überraschung! Einen Dank an die Organisatoren, es waren erlebnisreiche Tage, nicht alles was geboten wurde, habe ich erwähnen können. Schön, dass das ND viele junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Sehr aufmerksam und immer hilfsbereit, das gilt für alle im Team.

Mitgereist und aufgeschrieben von
Karin Denk

Christine Buchholz

Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen

In rekordverdächtigem Tempo prescht die Bundesregierung diese Woche einen Antrag durch das Parlament, der die Entsendung von 1200 Soldaten der Bundeswehr in einen Kampfeinsatz in Syrien und Irak vorsieht. Als Reaktion auf die Attentate von Paris soll die französische Luftwaffe bei ihrem Krieg mit Aufklärungstornados und Luftbetankung unterstützt werden. Das Szenario erinnert an die Reaktionen auf die Terroranschläge des 11. September 2001, der der US-Regierung und ihren Verbündeten zur Rechtfertigung des Krieges in Afghanistan diente. Die Erfahrungen haben gezeigt: Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen. - Argumente gegen den Bundeswehreininsatz in Syrien und Irak von Christine Buchholz

1. Die Bundesregierung instrumentalisiert die Terroranschläge für einen Kriegseinsatz

Der schreckliche Terrorangriff in Paris hat viele Menschen tief bewegt. Das Entsetzen wird von der französischen und deutschen Regierung instrumentalisiert, um in der Bevölkerung beider Länder Stimmung für die Beteiligung an einem eskalierenden Krieg im Mittleren Osten zu nutzen. Frankreich wurde nicht von einem anderen Staat angegriffen. Der „Islamische Staat“ (IS) kontrolliert zwar ein Territorium in Syrien und Irak, verfügt allerdings über keine militärischen Mittel, um Ziele in Europa aus der Luft oder von See anzugreifen.

Die meisten der Attentäter waren vielmehr belgische und französische Staatsbürger. Das verdeutlicht: Die Anschläge waren vor allem Ausdruck eines Problems innerhalb der europäischen Gesellschaften, in denen junge Muslime sich ausgegrenzt fühlen. Terroristische Strömungen können nur bekämpft werden, wenn ihm der soziale Nährboden entzogen wird. Ein wichtiger Bündnispartner dabei sind die muslimischen Gemeinden selbst, die den Terror ablehnen und die sich für die Überwindung von Vorurteilen engagieren.

2. Bundesregierung treibt Deutschland in einen Kriegseinsatz hinein, dessen Ende und Kosten nicht absehbar sind

Auch die militärische Wirkung der seit über einem Jahr von den Streitkräften der USA und ihren Verbünde-

ten durchgeführten Luftangriffe gegen Ziele in Syrien und Irak ist begrenzt. An manchen Orten, wie im irakischen Ramadi oder im syrischen Palmyra, gab es 2015 schwere Rückschläge im Kampf gegen den IS. Nur an einigen Orten, wo am Boden kämpfende Soldaten um die Rückeroberung von Territorien gekämpft haben, konnten die Luftangriffe überhaupt die Lage verändern. Völlig unklar ist, wer nun für die deutsche und französische Armee am Boden kämpfen soll. Deshalb hatten der französische Außenminister Fabius und Verteidigungsministerin von der Leyen die Truppen Assads als Bündnispartner ins Spiel gebracht. Kaum geäußert, rückte aber das Bundesverteidigungsministerium wieder von der Idee ab.

Diese Episode zeigt, dass die Respektierung von Menschenrechten für die Bundesregierung bei der Auswahl ihrer möglichen Bündnispartner keine Rolle spielt. Das Assad-Regime hat 2011 eine zivile Massenbewegung mit militärischen Mitteln niedergeschlagen und damit den Bürgerkrieg ausgelöst. Assads Truppen nehmen bis heute keine Rücksicht auf die syrische Zivilbevölkerung. Wer mit Fassbomben Bevölkerungszentren bombardiert, ist kein Bündnispartner im Kampf gegen Terror, sondern übt selbst Terror aus.

Die Bundesregierung stürzt Deutschland in einen Krieg, ohne die Frage nach den Bündnispartnern am Boden geklärt zu haben. Auch ansonsten sind die Konsequenzen unklar. Die Bundesregierung definiert kein konkretes Ziel. Deshalb ist auch weder ein Ende des Einsatzes abzusehen, noch die damit verbundenen Kosten. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbands erwartet, der Kampf könne „weit über zehn Jahre andauern“. Bereits im ersten Jahr sollen dafür 134 Millionen Euro und 1200 Soldaten bereitgestellt werden.

3. Beim Bundeswehreininsatz geht es um globale Interessen

Der von der Bundesregierung beschlossene Bundeswehreininsatz stellt den größten Kampfeinsatz seit dem Ende von ISAF in Afghanistan dar. Das Mandatsgebiet umfasst Syrien, Irak und den Persischen Golf. In dem Gebiet sind bereits mehrere regio-

nale und globale Mächte an einem Krieg beteiligt. Die Beteiligung der Bundeswehr daran stellt einen weiteren qualitativen Sprung auf dem Weg zu einer Armee im weltweiten Einsatz dar.

Verteidigungsministerin von der Leyen eröffnete den Prozess zur Erstellung des neuen Weißbuchs der Bundeswehr im Februar mit den Worten: „Unsere Interessen haben keine unverrückbare Grenze, weder geografisch noch qualitativ.“ Die Bundesregierung will mit dem Einsatz im ölreichen Mittleren Osten beweisen, dass es ihr ernst ist mit dem Anspruch, die globalen wirtschaftlichen Interessen des deutschen Kapitals auch durch militärische Aktivitäten zu unterfüttern.

4. Die Intervention treibt die Militarisierung der EU voran

Die Regierungen in Paris und Berlin wollen dem Anspruch Glaubwürdigkeit verleihen, innerhalb Europas Führungsmächte zu sein. Der Bezug auf eine in dem EU-Vertrag von Lissabon verankerten europäischen Beistandspflicht, von dessen Existenz bislang kaum jemand Notiz nahm, unterstreicht dies noch. Parallel zur gemeinsamen militärischen Intervention in Syrien und Irak haben die Regierungen in Berlin und Paris Schritte hin zu einer engeren Zusammenarbeit bei der Rüstungsbeschaffung angekündigt. Die Intervention der Bundeswehr an der Seite Frankreichs im Mittleren Osten treibt den Prozess der Militarisierung der EU voran.

5. Der Anti-Terror-Krieg hat den Terror nicht zurückgedrängt

Der IS ist eine Terrororganisation. Aber mit Bomben aus der Luft lässt er sich nicht stoppen. Seit dem Herbst 2014 greifen die USA im Bündnis mit anderen Staaten Ziele in Irak und Syrien an. Dabei haben sie im ersten Jahr mehr Bomben abgeworfen, als in den letzten fünf Jahren des Krieges in Afghanistan. Den Terrorismus hat das nicht zurückgedrängt - die Anschläge von Paris selbst zeugen davon.

In der letzten Woche gab das US-Außenministerium eine globale Reisewarnung heraus. US-Bürger sollen im Ausland bis auf weiteres größere Menschenansammlungen meiden und darauf achten, wer in ihrer Nähe steht. Diese Warnung gilt für jedes Land der

Erde. Fünfzehn Jahre nach Beginn des vermeintlichen „Anti-Terror-Krieges“ in Afghanistan ist nun nach Einschätzung des US-Außenministeriums die ganze Welt unsicher geworden. Dies allein zeigt, dass der Anti-Terror-Krieg, der Hunderttausenden Menschen das Leben gekostet und Millionen vertrieben hat, nicht funktioniert.

6. Internationale Intervention in Syrien kann in einen internationalen Krieg umschlagen

Der Abschuss eines russischen Militärflugzeuges durch die türkische Luftwaffe im November verdeutlicht, wie rasch die Intervention in den syrischen Bürgerkrieg durch ausländische Mächte in einen internationalen Krieg umschlagen kann. Der Abschuss war nicht das Ergebnis eines Missverständnisses zwischen zwei Staaten. Er erfolgte im Kontext einer Schlacht um die Vorherrschaft über ein hügeliges Gelände zwischen Latakia und Idlib nahe der türkischen Grenze. Dort stehen sich zwei Bündnisse gegenüber: Auf der einen Seite die syrische Armee und die libanesische Hisbollah, unterstützt von Russland - und auf der anderen eine aufständische turkmenische Miliz und die Nusra-Front, unterstützt von der Türkei. Moskau und Ankara verfolgen entgegengesetzte Interessen in Syrien. Deshalb kann es jederzeit erneut zu einem militärischen Zusammenstoß zwischen den beiden Mächten kommen.

Je mehr internationale Mächte beteiligt sind, desto mehr eskaliert der Krieg in Syrien. In diesem Krieg gibt es keine gute Seite. Deutschland muss sich aus ihm heraushalten.

7. Bundeswehreinsatz unterstützt Regime in Bagdad, das sich mithilfe radikal-schiitischer Milizen hält

Ministerin von der Leyen hat ausdrücklich darauf verwiesen, dass auch die Unterstützung der Regierung in Bagdad Teil der neuen Bundeswehrmission sein soll. Dabei ist diese Regierung selbst Teil des Problems. Das irakische Regime kann sich nur mithilfe radikal-schiitischer Milizen halten, die unter dem Dach der sogenannten Volksmobilisierung zusammengefasst sind. Der Innenminister selbst gehört einer dieser Milizen an.

Diese schiitischen Milizen haben sich Verbrechen schuldig gemacht, die jenen des IS in nichts nachste-

hen, und die durch Amnesty International bereits im letzten Jahr umfangreich dokumentiert wurden. In Ortschaften, die von diesen schiitischen Milizen erobert wurden, kam und kommt es regelmäßig zu Hinrichtungen, zu Plünderungen und ethnischen Vertreibungen von Sunniten. Einige der schiitischen Milizen, wie die Asaib Ahl al-Haqq, stehen auch auf der Terrorliste der US-Regierung. Sie haben Ende November damit begonnen, Kurden aus der Hauptstadt Bagdad zu vertreiben, als Vergeltung für Angriffe von Peschmerga auf schiitische Milizen im Norden des Irak.

Nicht nur in Syrien, auch in Irak nimmt der Krieg gegen den IS zunehmend einen an vielen Fronten verlaufenden Kampfes um die Kontrolle von Territorien an. Militärische Interventionen von außen, ob durch die USA, Iran oder Deutschland, sind Teil dieses Konfliktes und heizen ihn an.

8. Nach dem Konflikt ist vor dem Konflikt

Verteidigungsministerin von der Leyen wird nicht müde, die Befreiung von Sindschar (Schengal) vom IS als einen Beleg für den Erfolg der eigenen Politik zu preisen. An diesem Ort kam es im Sommer 2014 zur grausamen Verfolgung von Jesiden durch den IS. In der Version von Ministerin von der Leyen waren es die mit deutschen Waffen ausgestatteten Peschmerga der kurdischen Regionalregierung, die den Ort befreit haben.

Die Wirklichkeit ist wesentlich komplizierter. 2014 ließen die Peschmerga der Kurdischen Regionalregierung die Jesiden im Stich. Es war die PKK und ihre Verbündeten, die den Kampf gegen den IS aufnahmen und viele Menschen retteten.

Auch bei der Rückeroberung des Orts vor einem Monat waren PKK-Einheiten beteiligt, sowie eine neu aufgebaute Jesidenmiliz, die an der Seite der PKK kämpft. Diesen Anteil verschweigt Frau von der Leyen, denn die PKK gilt in Deutschland nach wie vor als eine „Terrororganisation“, ebenso wie der IS.

Nach der Befreiung Sindschars steigen die Spannungen über die Frage, wer in Zukunft die strategisch wichtige Stadt kontrollieren soll. Die PKK und ihre jesidischen Verbündeten stehen den Peschmerga der kurdischen Regionalregierung bewaffnet gegenüber. Die Bundesregierung sind in diesem Konflikt nicht auf Seite der jesidischen Bevölkerung, sondern auf der

Seite einer korrupten kurdischen Regionalregierung.

9. Luftangriffe treffen unweigerlich Zivilisten

Luftangriffe treffen unweigerlich Zivilisten. Der Konflikt in Syrien und Irak liefert ständig neue traurige Beispiele. Laut UN-Hilfsorganisation OCHA haben allein die russischen Luftangriffe auf die von der bewaffneten syrischen Opposition gehaltenen Gebiete im Monat Oktober 120.000 Menschen vertrieben. Ein Dutzend Behelfskrankenhäuser seien getroffen worden. Die US-Luftangriffe auf das syrische Dorf Bir Mahli am 30. April diesen Jahres haben laut der in London angesiedelten Syrischen Beobachtungstelle für Menschenrechte allein 64 Zivilisten getötet, darunter 31 Kinder unter 16 Jahren.

Wenn die Bundeswehr sich mit Aufklärungstornos oder Militärsatelliten an der Zielauswahl beteiligt, und wenn sie die französische Bomber in der Luft betankt, dann ist Deutschland Teil des Bombenkrieges in Syrien und Irak. Hauptziel der französischen Luftwaffe war bislang die Stadt Rakka, die überdies seit einem Monat auch noch von der russischen Luftwaffe bombardiert wird. Bei diesen Luftangriffen wurden viele zivile Ziele getroffen, unter anderem zwei Brücken und ein Krankenhaus. Le Monde berichtete, am 18. November seien sechs Menschen, die Benzin verkauft hätten, infolge eines Angriffs verbrannt. Am 13. November schlug eine Bombe in der Gasse Hara Al-Hassoun ein und tötete 13 Anwohner.

Die Liste derartiger Verbrechen steigt mit jedem Tag, seit Ziele in Syrien und Irak aus der Luft bombardiert werden. In den Medien wird Rakka immer nur als „IS-Hochburg“ bezeichnet. Doch in der Stadt befinden sich nicht nur Kämpfer des IS. Es leben dort auch einige Hunderttausend Zivilisten. Während der IS seine Waffen in Tunneln versteckt und keine militärischen Stellungen als Ziele anbietet, ist die Bevölkerung ohne Schutz. Die Bundeswehr darf sich deshalb an Luftangriffen gegen Rakka und andere Orte in Syrien und Irak nicht beteiligen.

10. Luftangriffe stärken den IS politisch

Die US-Regierung hat im Herbst 2015, ein Jahr nach Beginn der US-geführten Luftangriffe gegen Irak und Syrien eingeräumt, dass der IS zwar zahlreiche Kämpfer durch die Angriffe verloren hat - ihre Gesamtzahl sei indessen nahezu unverändert geblieben. Mit ande-

ren Worten: Bombardierungen aus der Luft stärken den IS politisch. Denn der IS kann immer neue Anhänger dazu gewinnen, solange er sich als Verteidiger der sunnitischen Bevölkerung präsentieren kann. Das hat auch Nicolas Hénin bestätigt, der über ein Jahr Gefangener des Islamischen Staats in Syrien war. Er argumentiert, dass der IS die Bomben des Westens für seine Propaganda braucht.

Der IS kann nur dann nachhaltig geschwächt werden, wenn sich politisch im Irak und Syrien etwas ändert. Ungeachtet der Verheerungen durch Krieg und Unterdrückung gibt es in allen religiösen und nationalen Gemeinschaften in Syrien und Irak politische Kräfte, wie für einen demokratischen Wandel stehen. Jüngstes Beispiel waren die sozialen Proteste in Basra, Bagdad und anderen südirakischen Städten im Sommer, die sich - inmitten des Krieges - gegen die Korruption und Inkompetenz der „eigenen“, schiitisch dominierten Regierung richteten.

DIE LINKE muss auf die Stärkung solcher, konfessionsübergreifenden demokratischen Kräfte setzen. Aber auch in Deutschland selbst können wir etwas tun. Hénin schrieb, dass die Bilder von Flüchtlingen aus muslimischen Ländern, die im Westen willkommen geheißen werden, die Unterstützung für den IS auch in Syrien schwächt. Denn das passt einfach nicht in das Weltbild einer Terrororganisation, die vorgibt, allein für die Muslime gegen den Rest der Menschheit zu kämpfen. Anstatt Millionen für einen militärischen Auslandseinsatz auszugeben, sollte die Bundesregierung mehr Mittel für zivile Zwecke bereitstellen, zum Beispiel zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, für mehr Lehrkräfte, oder zur Unterstützung von Hilfsorganisationen und Freiwilligen in den Willkommensinitiativen.

11. Geld für Flüchtlinge statt für Bomben

Während die Regierungen in Berlin, Paris, Washington, Moskau und anderswo Milliarden ausgeben, um militärisch in Syrien und Irak zu intervenieren, fehlt das Geld für die Flüchtlinge in und aus diesen Ländern. Im Juni warnte der Koordinator für die Irak-Nothilfe des Flüchtlingshilfswerk UNHCR, es würden mindestens 500 Millionen US-Dollar fehlen, um die Versorgung in den Lagern vor Ort aufrecht halten zu können. In der Folge wurden die Essensrationen gekürzt. Im November klagte das UN-Kinderhilfswerk Unicef,

dass für die Versorgungssysteme für Kinder bis zum Jahresende noch 250 Millionen US-Dollar fehlen würden. Mit den zurzeit zur Verfügung stehenden Geldern könnten etwa 250.000 Mädchen und Jungen über den Winter gebracht werden. Versorgt werden müssten jedoch rund 1,1

Millionen Minderjährige, unter anderem mit Decken, Winterkleidung und Heizmaterial.

Für Tornados, Fregatten, Militärsatelliten werden binnen einer Woche über 130 Millionen Euro bereitgestellt - warum wird für die Flüchtlinge nicht mehr getan? Die Prioritäten müssen völlig neu gesetzt werden, weg von immer mehr Aufrüstung und Auslandseinsätzen, hin zu einer an den Bedürfnissen der Zivilbevölkerung orientierten Politik.

12. Waffenexporte stoppen

Der Krieg hat auch Profiteure. Die internationale Rüstungsindustrie boomt. Und die Bundesregierung arbeitet daran, dass das so bleibt. Sie genehmigte auch 2015 wieder reichlich Waffen- und Rüstungsexporte in die Kriegsregion, darunter mehrere Panzer nach Katar, 15 Patrouillenboote nach Saudi-Arabien und 500 Maschinenpistolen in die Vereinigten Arabischen Emirate. Daneben stattete sie die kurdischen Peschmerga mit Tonnen an Kriegsmaterial aus. Israel erhielt im Laufe der vergangenen Jahre mehrere Kriegsschiffe. Diese Politik trägt ihren Teil dazu bei, dass den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten nie der Nachschub an Waffen und Rüstungsmaterial ausgeht.

DIE LINKE fordert deshalb ein Stopp aller Waffen- und Rüstungsexporte.

**Verlag & Verlagsservice
Fa. Schneidewind,
Germarstr. 6,
06112 Halle, Tel. (0345)
5170956.**

e-mail: kontakt@verlag-
schneidewind.de

Das aktuelle Angebot:

Epperbuch Nr. 7 „Bitte mal lachen!“, Preis: 5,00 Euro, Wandkalender (mehrfarbig)

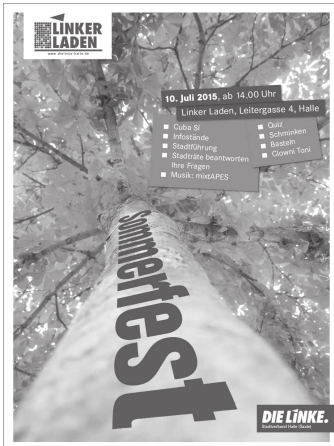
„Halle entdecken“ 2016, Preis: 19,00 Euro,

Postkartenkalender „Halle (Saale) 2016, Preis: 5,00 Euro,

„Der kleine Halle (Saale) Kalender 2016 (schwarz-weiß)

Preis: 5,99 Euro.

2015 - Das Jahr in Bildern



Sommerfest im Linken Laden



Gedenken
an den
13. März
1925



17. Juni 2015, Merseburg stellt sich quer



1. Mai 2015 in Halle und in Merseburg



**Der Stadtvorstand der Partei
DIE LINKE. Halle (Saale) und
die Redaktion des Linken Blat-
tes wünschen allen Genossinnen
und Genossen, Leserinnen
und Lesern ein frohes Weih-
nachtsfest und ein gesundes,
friedliches Jahr 2016.**

Die erste Ausgabe des Linken Blattes
im Jahr 2016 erscheint am
12. Januar. Redaktionsschluss ist der
07. Januar.